

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 1/07 (Januar bis Februar 2007)

Staatliche Repression gegen Kurdinnen und Kurden

Mitte Januar wurden bei einer Polizeirazzia gegen die kurdische Arbeiterpartei PKK in vier Bundesländern 25 Wohnungen, zwei Geschäftsräume und fünf Vereine durchsucht. Gegen 23 Personen laufen Ermittlungsverfahren. Die Polizei beschlagnahmte Bargeld, Zeitschriften, Kontounterlagen, Handys, Computer und Spendenlisten. Insgesamt nahmen 234 Polizisten an der Razzia teil. Die PKK – seit 2003 „Volkskongress Kurdistans“ (Kongra-Gel) – wurde in Deutschland bereits 1993 verboten.

Gegen zwei Kurden, die seit August letzten Jahres in Untersuchungshaft sitzen, wurde Mitte Januar in Düsseldorf und Frankfurt am Main Anklage erhoben wegen angeblicher „Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung“. Gemeint ist damit die PKK.

Wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ (PKK) und angeblicher Mitverantwortung für die kurdischen Protestaktionen in Deutschland in den Jahren 1993 und 1994, wurde Mitte Januar in Frankfurt ein Kurde zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt.

(FR 11.01., 17.01.07)

Staatliche Repression gegen antifaschistische Kräfte

Nachdem Ende November in Berlin-Lichtenberg zwei stadtbekanntes Nazis von Antifaschisten militant angegriffen und dabei leicht verletzt worden waren, verhaftete die Polizei Mitte Dezember aufgrund von Nazi-Aussagen einen Antifaschisten, der seitdem in Untersuchungshaft sitzt. Gegen ihn wird nun wegen versuchten Totschlags ermittelt.

(Jungle World 17.01.07)

Mitte Januar durchsuchte die Polizei in Berlin das Zimmer eines Studenten in einer WG und beschlagnahmte persönliche Unterlagen. Angeblich hat er sich im Mai letzten Jahres an einer antifaschistischen Aktion gegen eine Nazi-Kneipe im Stadtteil Lichtenberg beteiligt, bei der die Scheibe des Ladens zu Bruch ging. Wie die Polizei auf den Studenten kam, ist unklar. (jW 17.1.07)

Ende Januar durchsuchte die Polizei in Dresden auf Anregung eines stadtbekanntes Nazis die Räumlichkeiten des antifaschistischen Projekts „a.l.i.a.s.“. Dem Nazi war eine „Anti-Antifa“-Akte, die unter „Einsichtnahme in staatsanwaltliche Ermittlungsarbeiten“ gegen Antifaschisten erstellt wurde, abhanden gekommen. In der Akte, die dem Projekt von einem Unbekannten zugespielt wurde, waren 150 Antifaschisten mit Namen, Adresse und teilweise Fotos verzeichnet. Außerdem enthielt sie Personalausweisnummern und Adressen von Eltern und Verwandten. (jW 07.02.07)

Strafgefangene in Deutschland

Die Anzahl der Strafgefangenen stieg im Jahre 2006 gegenüber 2005 um 26 Prozent. Während 2005 63.500 Personen im Gefängnis einsaßen, stieg deren Zahl 2006 um etwa 16.000 auf 80.000. (jW 16.02.07)

Um sie „unter den besonderen Bedingungen des Arrests zu disziplinieren“ wurde bereits im Dezember letzten Jahres eine 16-jährige

Schülerin aus Görlitz wegen „Schulschwänzerei“ zu einem zweiwöchigen Gefängnisauferenthalt in Bautzen verurteilt. (FR 08.02.07)

Bundesjustizministerin Zypries kündigte Ende Februar an, das Jugendstrafrecht zu verschärfen. Künftig sollen jugendliche sogenannte „Schwerstkriminelle“ den erwachsenen Straftätern gleichgestellt werden und können durch eine „Sicherheitsverwahrung“ bis an ihr Lebensende festgehalten werden. (jW 26.02.07)

In Nordrhein-Westfalen soll nach der CDU das Jugendstrafrecht nur noch in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen. CDU-Generalsekretär Wüst sagte: „Wir müssen viel häufiger mit dem eisernen Besen kehren und für Recht und Ordnung sorgen.“ (FR 27.02.07)

Deutsche Flüchtlingspolitik in Zahlen

2006 beantragten 21.000 Flüchtlinge Asyl; das war der niedrigste Stand seit 1983. Allein gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Antragsteller um 8.000. Insgesamt wurde im Jahre 2006 über 30.756 Flüchtlingsanträge entschieden. Nur 251 Flüchtlinge (0,8 Prozent) wurden als „asylberechtigt“ anerkannt.

Im Januar diesen Jahres sank die Zahl der Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellten gegenüber dem Januar 2006 um 15 Prozent auf 1.663.

(jW 10.02.07, Kurdistan Rundbrief 15.02.07)

Rassismus bei Einbürgerungen in Berlin

Mitte Februar wurde öffentlich bekannt, dass in Berlin Menschen aus anderen Herkunftsländern, die die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen, ihre „rassische und ethnische Herkunft“ angeben müssen. Erst nachdem dies bekannt wurde, erklärte der Berliner Innenminister Kötting, dass die Formulierung, die über mehrere Jahre verwendet wurde, weggelassen werde. (taz 08.02., 13.02.07)

Ausschnitte der weiteren Verschärfung der ökonomischen Ausbeutung und Unterdrückung

In Hamburg erhalten Reinigungskräfte Stundenlöhne, die weit unter dem im Tarifvertrag vorgeschriebenen Mindestlohn von 7,87 Euro liegen. Der Bruttostundenlohn einer Reinigungskraft in einem Luxushotel liegt sogar bei nur 1,92 Euro. (jW 10.01.07)

In Berlin und Brandenburg arbeiten mindestens 120.000 Menschen zu Stundenlöhnen zwischen 3 und 5 Euro brutto. (jW 07.02.07)

Der monatliche Bruttoverdienst eines Arbeiters in der Landwirtschaft war im Jahre 2006 um über 1.000 Euro geringer als bei einem Arbeiter in der Industrie. (taz 17.02.07)

Reallohnabbau: Im Jahr 2006 sind die Löhne und Gehälter zum zweiten mal in Folge geringer gestiegen als der Anstieg der „Verbraucherpreise“. Arbeiterinnen und Arbeiter verdienen 1,5 Prozent mehr; Angestellte 1,2 Prozent mehr als 2005 – für sie war es der geringste Lohnanstieg seit 1995. Die „Verbraucherpreise“ stiegen dagegen um 1,7 Prozent. (jW 30.01.07)

Die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern mit niedrigem Einkommen ist um zehn Jahre geringer als von Männern mit hohem Einkommen. Bei Frauen beträgt der Unterschied fünf Jahre. (taz 14.02.07)

Im Jahre 2006 erhielten 500.000 Erwerbslose vom Arbeitsamt sogenannte Sperrzeiten, in denen ihnen das Arbeitslosengeld zeitweilig gestrichen wurde. Für Erwerbslose, die mit ALG-II leben müssen wurde am 1. Januar 2007 die Sperrzeitregelung nochmals verschärft. Ihnen kann nicht nur jede Geldzahlung, sondern auch die Übernahme der Miet- und Heizkosten gestrichen werden. Ausgegeben werden dann nur noch Lebensmittelgutscheine. Laut Pressesprecher der Bundesagentur für Arbeit, soll diese Verschärfung eine „erzieherische Wirkung“ haben. (jW 06.01., 13.01.07)

Zehn SS-Mörder in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt

Am 13. Januar verurteilte das Militärgericht im italienischen La Spezia zehn SS-Mörder zu einer lebenslangen Haftstrafe und zur Zahlung von 100 Millionen Euro an Überlebende und Angehörige der Opfer. Die SS-Mörder massakrierten 1944 im Dorf Marzabotto bei Bologna 955 Menschen – vor allem Frauen, Kinder und Alte. Bereits im Juni 2005 wurden in Italien zehn SS-Mörder wegen eines Massakers in Sant' Anna zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt.

Alle Mörder leben nach wie vor unbehelligt in Deutschland. Sie müssen nicht nur keine Auslieferung nach Italien befürchten, sie wurden hierzulande noch nicht einmal angeklagt. (jW 17.01.07)

Hakenkreuze für die Schüler

Während Antifaschistinnen und Antifaschisten wegen Hakenkreuze verurteilt werden, die in antinazistischen Materialien verwendet werden, steht ein Ermittlungsverfahren gegen die Military Air Systems der EADS wegen geringer Schuld kurz vor der Einstellung. Die Nachfolgefirma der Messerschmitt AG des

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

Nazi-Wehrwirtschaftsführers Messerschmitt hatte an 15.000 Schülerinnen und Schüler kostenlose Hausaufgabenhefte verteilt, in denen u. a. ein Flugzeug mit Hakenkreuz zum ausmalen abgebildet war. (anna 25.01.07)

Relativierung des Völkermordes an den Armeniern durch die Linksfraktion

Nachdem der Abgeordnete Keskin der Linksfraktion den Völkermord an den Armeniern 1914/15 durch Türken unter Mittäterschaft der Deutschen wiederholt öffentlich geäußert hatte, forderte im Dezember letzten Jahres der Zentralrat der Armenier in Deutschland in einem Schreiben den Vorstand der Linksfraktion auf, sich von diesen Äußerungen und diesem Abgeordneten zu distanzieren.

Der Vize der Linksfraktion, Ramelow, antwortete, er halte die Meinung von Keskin für einleuchtend. Er warf dem Zentralrat der Armenier vor, sie verzichteten auf eine „sachliche Auseinandersetzung“ und sie instrumentalisieren die Opfer „völlig ohne Augenmaß“. Es gebe „Raum für Interpretationen“, da unschuldige Türken durch Racheakte von Armeniern ums Leben gekommen seien. Entgegen allem bisherigen Erkenntnisstand, der den Völkermord beweist, erhob er die Forderung: „Die Ereignisse des gesamten Zeitraums müssen objektiv, für beide Seiten nachvollziehbar geklärt werden.“

(jW 08.01.07)

Antisemitismus in Deutschland

In der Nacht zum 26. Januar, einen Tag vor dem Gedenktag zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, verübten Nazis in Verden (Niedersachsen) einen Brandanschlag auf ein Eisenbahnwaggon der Reichsbahn. Der Waggon, der vor drei Jahren von Schülerinnen und Schülern des Berufsschulzentrums als Holocaustmahnmal eingerichtet worden war, brannte vollständig aus. Die Ausstellungsstücke im Waggon wurden zerstört. (taz 27.01.07)

Mitte Februar wurde der Prozess gegen den Antisemiten Zündel vor dem Landgericht Mannheim beendet, der u. a. wegen Volksverhetzung angeklagt war. Zündel, der den Holocaust leugnete, wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt. Im Verlaufe des Prozesses betonte der Richter, es sei völlig unerheblich ob der Holocaust stattgefunden habe oder nicht. Seine Leugnung stehe unter Strafe; nur das zähle vor Gericht. (taz 09.02., 16. 02.07)

Ende Februar wurde in Berlin ein jüdischer Kindergarten verwüstet. Das Gebäude und auch Spielzeug wurden mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert, mehrere Scheiben wurden eingeschlagen und eine Rauchbombe ins Haus geworfen. (FR 27.02.07)

Allein in Nordrhein-Westfalen stieg nach offiziellen Angaben im Jahre 2006 die Zahl antisemitischer Staffaten gegenüber dem Vorjahr um 60 auf 270. (Jungle World 21.02.07)

Nazis in Staatsdiensten

In Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) besuchte der Leiter des Ordnungsamtes privat eine Nazi-Veranstaltung, auf der u. a. offen gegen jüdische Menschen gehetzt wurde. Die dort propagierte Meinung, dass das Deutsche Reich noch immer bestehe, bezeichnete der Ordnungsamtsleiter in einem Fernsehinterview als „sehr interessant“. Er wurde anschließend vorübergehend beurlaubt. Die sieben Politiker, die darüber entschieden, hielten sein Verhalten für nicht so schlimm. Zwei waren gegen die Beurlaubung, zwei enthielten sich der Stimme. (taz 20.01.07)

In Dortmund steht seit Anfang Januar ein Stadtbeamter vor Gericht. Er hat im Juli 2005 einen Mann aus Nigeria in aller Öffentlichkeit rassistisch beleidigt und ihm gegenüber das Nazi-Regime glorifiziert. Anschließend schlug er auf ihn ein. Vor Gericht bezeichnete er die Aussagen seines Opfers als „widerliche Schutzbehauptung“. (taz 05.01.07)

Gegen einen Beamten des Landeskriminalamtes Brandenburg wurde Anfang Januar ein Disziplinarverfahren eröffnet. Er hatte im November letzten Jahres in Seelow an einem Nazi-Aufmarsch teilgenommen. Bislang war er völlig offen in seiner Behörde als NPD-Anhänger aufgetreten. Zu seinem eigenen Schutz wurde der Nazi vorläufig mit anderen „Dienstgeschäften“ beauftragt. (jW 24.01.07)

DVU-Chef Frey bewaffnet

Das Verwaltungsgericht München hat Ende Januar eine Entscheidung der Regierung Oberbayern aufgehoben, nach der dem Chef der Nazi-Partei DVU, Frey, die Verlängerung seines Waffenscheins verweigert wurde. Laut Gericht muss Frey in der Öffentlichkeit eine Waffe tragen, damit seine „Betätigungsfreiheit“ nicht gefährdet werde, er könne sich sonst nicht wie bisher für die DVU engagieren. Frey ist berechtigt einen Revolver, Kaliber 38, zu tragen. (jW 07.02.07)

Nazi-Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft

Mehrere Nazis verübten am 6. Januar in Sangerhausen (Sachsen-Anhalt) einen Brandanschlag auf eine von 15 Flüchtlingen bewohnte Unterkunft. Morgens um 5 Uhr warfen sie drei Brandflaschen in das Gebäude. Die Bewohner konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Seitdem halten die Flüchtlinge die Tür verschlossen und öffnen sie nur noch Leuten, die sie kennen. (taz 09.01.07)

Ausschnitte der Anti-Nazi-Kämpfe

In Magdeburg protestierten am 13. Januar knapp 700 Menschen gegen einen Aufmarsch von 350 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition vor 62 Jahren hetzten. (taz 15.01.07)

An einer Kundgebung in Sangerhausen gegen den Nazi-Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft beteiligten sich am 13. Januar ca. 150 Menschen, unter ihnen etwa 70 bis 80 Einwohner des Ortes. Auch die Flüchtlinge nahmen an der Kundgebung teil und informierten die Anwesenden über die menschenunwürdigen Zustände in der Unterkunft. Anschließend demonstrierten 50 Antifas lautstark durch den Ort, um auch den Rest der Einwohner über diese Zustände zu informieren. (anna 08.02.07)

Gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis der NPD am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, demonstrierten 1.400 Menschen in Frankfurt/Oder. (FR 29.01.07)

Ebenfalls am 27. Januar fanden auf mehreren deutschen Bahnhöfen und in Zügen Kundgebungen und Aktionen statt, um an die Verantwortung der deutschen Bahn insbesondere für den Transport von 11.000 Kindern von Paris nach Auschwitz zu erinnern. Insgesamt hat die Reichsbahn 3 Millionen Menschen in die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis transportiert. Nach wie vor weigert sich die Bahn eine Ausstellung auf mehreren Bahnhöfen, die an die verschleppten Kinder erinnern soll, zuzulassen. Auf einem Bahnhof in Berlin wurde während der Protestaktionen dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Redeverbot erteilt und den Protestierenden mit einem Polizeieinsatz

gedroht, ähnlich auf einem Bahnhof in Halle. In Göttingen wurde eine provisorisch aufgestellte Ausstellung von Mitarbeitern der Bahn zerstört. In Aachen wurde der Bahnhof gewaltsam geräumt. (anna 08.02.07)

Am 13. Februar rotteten sich in Dresden 2.000 Nazis zusammen, um gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition vor 62 Jahren zu hetzen. 1.300 Antifas demonstrierten gegen die Nazis. Trotz massiven Polizeiaufgebots konnte der Nazi-Aufmarsch blockiert werden. Am selben Tag protestierten aus dem gleichen Anlass in Krefeld 4.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. (jW 15.02.07)

In Hildesheim demonstrierten am 24. Februar 5.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 170 Nazis, der von 1.700 Polizisten geschützt wurde. Es war die größte Demonstration in der Geschichte der Stadt, die von einem breiten Bündnis, angefangen von Antifas über Gewerkschafter bis hin zu den Kirchen getragen wurde. (jW 28.02.07)

Streikämpfe während der Arbeitszeit

Gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahren fanden im Januar und Februar große Protestaktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter statt, die während der Arbeitszeit durchgeführt und von den Kapitalisten als politische Streiks wütend bekämpft wurden.

Am 16. Januar protestierten ca. 8.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus 17 Betrieben im Saarland. Insgesamt 25.000 Werk tätige aus 100 Betrieben protestierten in der vorletzten Januarwoche in Nordrhein-Westfalen. In der letzten Januarwoche streikten in Baden-Württemberg Werk tätige aus ebenfalls 100 Betrieben gegen die Rente mit 67. Allein am 30. Januar streikten bundesweit 63.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, einen Tag später waren es bereits 76.000 – und die Proteste rissen auch im Februar nicht ab. (jW 17.01., 27.01., 31.01., 01.02.07)

Streik in Ägypten

Am größten Streik in der ägyptischen Textilbranche seit 1988 und gleichzeitig dem größten Streik in den letzten Jahren im Land beteiligten sich im Dezember in Mahala 20.000 Beschäftigte, unter ihnen knapp 5.000 Frauen. Der Streik entzündete sich an der Weigerung der Textilkapitalisten die Jahresendprämie auszuzahlen, worauf am 7. Dezember die Werk tätigen die Arbeit einstellten, die Betriebe besetzten und auf den Straßen der Stadt demonstrierten. Auf den Demonstrationen wurden neben den schlechten Arbeitsbedingungen auch Gewerkschaftsführer kritisiert, denen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten vorgeworfen wurde. Die Polizei, die zu mehreren Tausend aufmarschiert war, hielt sich angesichts der Massen zurück. Der über mehrere Tage laufende Streik war hinsichtlich seines Auslösers erfolgreich – die Streikenden konnten sich die Auszahlung der Prämie erkämpfen. (jW 09.01.07)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (die tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten).